

E 2001 (E) 1969/262/54

*Le Ministre de Suisse à Berlin, P. Dinichert,
au Chef du Département politique, G. Motta*

L D/YS. Vertraulich

Berlin, 23. März 1938

Das Schreiben der Abteilung für Auswärtiges vom 19. dieses Monats¹, das mir den bevorstehenden Besuch des Regierungschefs des Fürstentums Liechtenstein anzeigt, ging erst heute morgen ein. Eine Stunde später stellte sich Dr. Josef Hoop bei mir ein. Bereits vorgestern abend hatte ich zufälligerweise durch Staatsminister Meissner, dem Chef der Präsidialkanzlei, erfahren, dass ihn Dr. Hoop, mit dem er gelegentlich im Fürstentum zusammengekommen war, aufgesucht habe, und ich war etwas überrascht, von der Gegenwart des liechtensteinischen Regierungschefs in Berlin nichts zu wissen.

Dieser berichtete mir nun, er habe abgesehen von der Briefmarkenausstellung, die den unmittelbaren Anlass zu seiner Berliner Reise bildete, nur zwei Persönlichkeiten gesprochen: den bereits erwähnten, ihm persönlich bekannten Staatsminister Meissner und Reichsinnenminister Frick, zu dem ihn ein ihm ebenfalls von früher bekannter Beamter des Innenministeriums gebracht habe.

Der Besuch bei Dr. Meissner war ohne wesentliches Interesse. Dieser habe lediglich in persönlichem Namen gesprochen, wenn er ihn der freundlichen Gesinnung Deutschlands für Liechtenstein glaubte versichern zu können.

Die Aussprache mit dem Reichsminister des Innern war schon inhaltvoller, aber gleichzeitig nicht ganz harmlos. Dr. Frick entwickelte dem Besucher seine mir wohl bekannten Gedanken über das Deutschtum und dessen unausbleibliche Anziehungskraft auf durch Sprache und Rasse verwandte Völkernschaften. Der nunmehrige grosse deutsche Nachbar werde also zwangsläufig seine Strahlen über die Grenze ins kleine Ländchen hinübersenden. Weiter sollen die Fäden nicht gesponnen worden sein. Aber das grundlegende nationalsozialistische Programm wurde gebührend in Erinnerung gebracht, und es

1. *Cette lettre confidentielle de Bonna disait*: Wir beehren uns Ihnen mitzuteilen, dass der liechtensteinische Regierungschef, Herr Dr. Hoop, sich in privater Eigenschaft nächsten Montag, den 21. d. M., nach Berlin begibt, und zwar aus Anlass einer Briefmarkenausstellung, an der auch Liechtenstein beteiligt ist. Er gedenkt die Gelegenheit zu benützen, um mit einigen deutschen Persönlichkeiten in vorsichtiger Form Fühlung zu nehmen und sich über die Haltung Deutschlands gegenüber Liechtenstein unterrichten zu lassen.

Zu Ihrer Orientierung fügen wir bei, dass nach den bisherigen Feststellungen kein Anlass dafür vorhanden ist anzunehmen, dass von deutscher Seite die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Liechtensteins nicht respektiert werde. Das liechtensteinische Volk ist nach den uns zugegangenen Erklärungen fest entschlossen, das Vertragsverhältnis mit der Schweiz aufrechtzuerhalten und zeigt keine Neigung, nationalsozialistischen Einflüssen, die sich übrigens bis anhin kaum gezeigt haben, Raum zu gewähren.

Herr Dr. Hoop gedenkt auch bei Ihnen vorzusprechen und wird vielleicht in der Lage sein, Ihnen über seine Wahrnehmungen mündlich zu berichten.

wäre töricht, nicht einzusehen, dass die Zukunft unter gewissen Umständen für Liechtenstein bisher nicht bestandene Gefahren bringen kann.

Übereinstimmend ging unsere Auffassung dahin, dass die naheliegendste Gefahr im Erwachen einer nationalsozialistischen Bewegung im Fürstentum bestände. Folglich war für mich das Interessanteste, was Dr. Hoop mir in dieser Hinsicht anvertraute und sich in Folgendem zusammenfassen lässt.

Von einer nationalsozialistischen Partei oder auch nur Gruppe in Liechtenstein konnte bisher jedenfalls nicht gesprochen werden. Mit derartigen Anschauungen oder besser äusserlichen Erscheinungen sympathisierten nur eine Anzahl junger Burschen, die von den österreichischen Nationalsozialisten in Feldkirch und anderen benachbarten Orten angesteckt seien. Sodann mag der eine oder andere etwas rührige Gastwirt die Annäherung an Deutschland aus Geschäftsrücksichten begrüssen.

Dagegen würde der Grossteil der liechtensteinischen Bevölkerung den Arbeitsdienst, den zweijährigen Dienst in der Wehrmacht, die erdrückende Besteuerung, die Devisenbewirtschaftung u.s.w. fürchten. Gleichzeitig fielen die Einkünfte der in Vaduz niedergelassenen Holdinggesellschaften weg. Man denkt also dort vorab praktisch.

Andererseits seien bereits zweierlei vorbeugende politische Massnahmen in Aussicht genommen, die durch die gründlich veränderte Sachlage eingegeben sind.

Vorerst stehe eine Verständigung zwischen den beiden bestehenden, fast gleich starken Parteien bevor: der jetzigen Regierungspartei und der Vaterländischen Union, wonach die erste den Regierungschef und einen der beiden Regierungsräte, die zweite den Stellvertreter des Regierungschefs und den andern Regierungsrat stellen soll. Bekanntlich unterscheiden sich die beiden Parteien mehr durch Personenfragen denn durch sachliche Einstellungen.

Die zweite Massnahme sei noch als durchaus vertraulich zu behandeln. Sie bestünde in der Erwirkung der Abdankung des derzeitigen regierenden Fürsten, des 85-jährigen Fürsten Franz, dessen Gattin eine Jüdin, geborene Gutmann, eine Dame von 63 Jahren ist. Die Nachfolge würde der Prinz Franz-Josef, ein Grossneffe, Enkel der Schwester des regierenden Fürsten, die ebenfalls mit einem Prinzen Liechtenstein vermählt war, übernehmen. Durch die Ausschiffung des alten Herrn und seiner jüdischen Frau soll eine Entlastung im Verhältnisse zu Deutschland erzielt werden.

Mit der Reichsregierung werden in Bälde verschiedene Angelegenheiten zu regeln sein, so insbesondere die Eisenbahnfrage, die Verbauung des Rheins und verschiedener Bergbäche und anderes mehr. Es dürfte auch die Gesandtschaft in Vertretung liechtensteinischer Interessen damit befasst werden.

Seine Beziehungen zur Schweiz wünscht das Fürstentum mehr denn je zu erhalten und weiter zu pflegen. In dem Masse, wo wir ihm das erleichtern können, werden wir wohl auch zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit vom Deutschen Reiche beitragen².

Dr. Hoop soll Berlin noch heute verlassen.

2. *Le procès-verbal de la conférence du 16 mars 1938 entre représentants suisses et du Liechtenstein, reproduit en annexe, permet de préciser les relations entre les deux Etats immédiatement après l'Anschluss.*

ANNEXE

KONFERENZ
ZUR BESPRECHUNG DER FRAGE
DES SCHUTZES DER LIECHTENSTEINISCH-ÖSTERREICHISCHEN
GRENZE AUF DEM EIDGENÖSSISCHEN POLITISCHEN DEPARTEMENT,
16. MÄRZ 1938, 9.30 UHR³

Die *liechtensteinischen Vertreter* führen aus, dass die liechtensteinische Bevölkerung sich in ihrer besonnenen, ruhigen Haltung durch die Ereignisse in Österreich nicht habe beeinflussen lassen. Der Landtag habe in seiner gestrigen Sitzung sich einmütig zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes und der Zollgemeinschaft mit der Schweiz bekannt. Die etwas reservierte persönliche Stellungnahme des Präsidenten der Oppositionspartei, Dr. med. Schaedler, die auf blosse parteitaktische Erwägungen zurückgehe, beeinträchtige das geschlossene Bild dieser Kundgebung kaum. Im Volk sympathisieren höchstens einige wenige jugendliche Elemente mit der national-sozialistischen Bewegung, und irgendwelche politische Bedeutung komme den Äusserungen dieser Leute nicht zu. Eine gewisse Gefahr könnte sich höchstens dann ergeben, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung in Vorarlberg, der namentlich als Folge einer starken Zunahme des Reiseverkehrs erwartet werde, Rückwirkungen in den Reihen der liechtensteinischen Arbeitslosen ausüben würde und eine gewisse Infiltration national-sozialistischer Ideen im Fürstentum zur Folge hätte. Das Land habe in den letzten Jahren zur Behebung der Arbeitslosigkeit grosse Summen ausgegeben, und es könne bei Rückgang der Einnahmenquellen fraglich erscheinen, ob es weiterhin diese Aufwendungen zu machen in der Lage wäre.

Von der *schweizerischen Seite* wird auf die Notwendigkeit des militärischen und polizeilichen Schutzes zur Sicherung der Grenze hingewiesen. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern des Fürstentums sei unumgänglich als Rückendeckung für den schweizerischen Grenzschutz, und hiefür müssten die liechtensteinischen Behörden Sorge tragen. Wenn die Sicherheit der Schweizer Grenzwaache und ihrer Angehörigen in Liechtenstein bedroht wäre, so müsste an eine Zurückziehung des Schweizer Zollkordons an die schweizerisch-liechtensteinische Rheingrenze gedacht werden. Die von der liechtensteinischen Regierung am 11. März d. J. gewünschte Verstärkung des Schweizer Grenzschutzes konnte nicht durch militärische Formationen durchgeführt werden, solange das Besetzungsrecht liechtensteinischen Gebiets durch schweizerische Truppen zwischenstaatlich nicht anerkannt ist. Man hätte in einer solchen Besetzung eine Verletzung der Neutralitätspflichten durch die Schweiz erblicken können, und deshalb musste man sich auf eine Verstärkung der Grenzwaache durch Zollorgane beschränken.

In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die Frage der Einbeziehung Liechtensteins in die schweizerische Neutralität und diejenige des militärischen Schutzes der liechtensteinischen Neutralität einer baldigen Abklärung bedürfe, um jegliche Unsicherheit für die Zukunft zu beseitigen.

Von der *liechtensteinischen Seite* wird erklärt, dass Liechtenstein seine Polizeimannschaft bis auf einen Bestand von 27 Mann erhöhen könnte und erforderlichenfalls bereit sei, das gesamte Corps anzubieten. Die Einbeziehung des Fürstentums in die schweizerische Neutralität wäre zu begrüssen, hingegen müsse die Frage des Besetzungsrechts durch schweizerische Truppen noch geprüft werden.

3. *Etaients présents:*

auf liechtensteinischer Seite: Herr Dr. J. Hoop, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Herr A. Frommelt, Stellvertreter des Regierungschefs und Landtagspräsident.

auf schweizerischer Seite: Herr Minister Dr. Frölicher, Herr Dr. Feldscher, Politisches Departement, Herr Oberstdivisionär Huber, Herr Oberstleutnant Frick, Militärdepartement, Herr Oberzolldirektor Gassmann, Herr Dr. Wyss, Zolldepartement, Herr Dr. Rothmund, Chef der Polizeiabteilung.

Von der *schweizerischen Seite* wird festgestellt, dass an den Instruktionen für die Zollorgane betreffend Waffengebrauch nichts geändert werden soll. Eine Gefahr der Überflutung Liechtensteins durch mittellose Flüchtlinge erscheint ausgeschlossen, da angenommen werden darf, dass die deutschen Behörden von sich aus oder auf Ansuchen der Schweiz hin für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Vorarlberg Sorge tragen werden. Anschliessend daran wird auf gewisse Missstände und Unstimmigkeiten sowohl in der Handhabung der Fremdenpolizei durch liechtensteinische Organe als auf dem Gebiete der liechtensteinischen Einbürgerungspraxis aufmerksam gemacht.

Von *liechtensteinischer Seite* wird Aufschluss gegeben über die beanstandeten Vorkommnisse und mitgeteilt, dass alle Einbürgerungen sistiert worden seien.

Es wird beidseitig die Wünschbarkeit anerkannt, dass in Angelegenheiten fremdenpolizeilicher und anderer Art eine bessere Zusammenarbeit Platz greifen müsse. Es sollten in absehbarer Zeit Besprechungen zur Regelung solcher Fragen aufgenommen werden.

Von *schweizerischer Seite* wird zugesichert, dass die Unterbringung von liechtensteinischen Arbeitslosen in der Schweiz, besonders im Baugewerbe, wohlwollend geprüft wird und dass liechtensteinische Arbeitsuchende jedenfalls vor allen andern Ausländern berücksichtigt werden.

Zum Schluss wird noch die Frage der Errichtung eines Rundspruchsenders in Liechtenstein besprochen, auf dessen Zulassung von der Fürstlichen Regierung besonderes Gewicht gelegt wird, da für das Land damit eine sofortige Einnahme von Fr. 100 000 verbunden wäre. Die Konzessionsbewerber erklären, dass sie sich allen schweizerischen Vorschriften unterziehen und auf eine Rendite des Betriebes bis auf weiteres nicht zählen. Von schweizerischer Seite wird noch die Abklärung verschiedener Punkte als wünschenswert bezeichnet.

Schluss der Sitzung 12.15 Uhr.